

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 40

Erscheint Sonntags.
Zugespriß monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 5. Oktober 1924

Verlag: Berlin G. 2, Drellestr. 8/9 IV.
Fernruf: Merkur 8520.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Lastenverteilung.

Es ist eine lebenswichtige Frage, welche Schichten für die Staatsausgaben aufkommen sollen. Die Steuern nehmen einen Teil des Einkommens für die Staatsbedürfnisse in Anspruch. Für die Klassen, die ihr Einkommen für den täglichen Verbrauch verwenden müssen, bedeuten sie Einschränkung des Verbrauches. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die ohne Geldreserven von der Hand in den Mund leben muß, ist schon durch das Lohnverhältnis genug eingeschränkt, insbesondere wenn das Angebot an Arbeitskraft dank des Bevölkerungszuwachses groß ist. Tritt noch die Verminderung der Nachfrage an Arbeitskraft hinzu, dann ist ein Lohnrückgang die Folge, der den Verbrauch des Arbeiters sinken läßt. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit legen ein weiteres Beigewicht auf den Verbrauch der Arbeiterfamilie. Die Wucherpreise des Monopolkapitals für die Waren, des Finanzkapitals für das Geld verteuern die Lebenshaltung und tragen zur weiteren Einschränkung des Verbrauches bei. Das Proletariat, dessen Verbrauch auf diese Weise vorbelastet ist, soll nun auch zur Befreiung der Staatsausgaben herangezogen werden. Sämtliche Gesichtspunkte fordern, daß es mit der größten Schonung behandelt werde; die Gerechtigkeit, die aufs größte verletzt wird, wenn die Lasten auf die Schultern der Schwächsten gelegt werden, die Volksgesundheit, die durch übermäßige Belastung der Lohnempfänger untergraben wird, schließlich auch das Wohl der Volkswirtschaft, zu deren lebendigen Kreislauf verbrauchsfähige Wirtschaftssubjekte gehören.

Diese elementaren Forderungen werden dennoch außer acht gelassen. Überall in den großen Kapitalistenstaaten wird statt des Reichtums das Elend besteuert. Die Staaten zehren nicht von der Substanz oder den arbeitslosen Renteneinkommen der Vermögenden, sondern von den Notpennigen der Nurverbraucher. Die Merkmale dieser Lage sind: hohe Lohnsteuern, Verbrauchs-, Monopol-, Umsatz-, Transportsteuern und Zölle auf der einen, keine oder geringfügige Grundrenten, Erbschafts-, Vermögens- und Luxussteuern auf der anderen Seite. Für die Steuerpolitik Deutschlands, Frankreichs und des faschistischen Italiens ist zum Beispiel die ungeheure Belastung des Verbrauches der gemeinsame Zug. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich entfällt mehr als die Hälfte der Einnahmen auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern.

Die Frage, wer die Staatsausgaben tragen soll, wird in den Machtkämpfen entschieden, die darum geführt werden; die Lastenverteilung hängt von den jeweiligen Machtverhältnissen ab. In dessen können wir feststellen, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei der Verteilung der Steuerlasten in der Regel schlimmer wegkommen, als es ihrer politischen Macht und Bedeutung entsprechen würde. Die Kräfte, die ihnen entgegenstehen, wirken sich in mannigfaltiger Form aus und vermögen die demokratische Steuerreform zu vereiteln. Neben dem politischen Machtkampf sieht sich das Proletariat einer Anzahl von Mauern gegenüber, die den Weg zu einer gerechten Lastenverteilung verbarren. Mit großer Kunst konnte das landwirtschaftliche und industrielle Kapital diese Mauern errichten. Eine große, gefügige Presse steht diesem zur Verfügung, um im gegebenen Fall zu beweisen, daß die Steuern auf

Besitz und Vermögen unzweckmäßig sind, entweder weil sie nichts tragen oder weil sie die Produktion unterbinden würden. In steuerlichen Fragen ist ein unabsehbarer Raum für die Irreführung der öffentlichen Meinung reserviert. Eine proletarische Steuerpolitik muß mit ihnen, leider zu schwachen propagandistischen Mitteln gegen eine Mauer von steuerlichen Lügen und falschen Vorstellungen ankämpfen. Das Kapital scheut in seinem Kampfe gegen die Besteuerung von der Anwendung von Mitteln nicht zurück, die es beim Proletariat scharf verurteilt, ja verfolgt. Als die französischen Arbeiter vor zwei Jahren die Bezahlung der nach ihrer Auffassung höchst ungerechten Lohnsteuern verweigerten, wurde ihr leichtes Hab und Gut versteigert. Versucht man aber eine Vermögensabgabe einzuführen, dann droht das Kapital sofort mit Auswanderung. Wir sind an die Drohungen der Landwirtschaft, die Belieferung der Städte mit Nahrungsmitteln zu unterlassen, falls gewisse ihr unliebsame Steuern eingeführt werden, gewöhnt. Bisher fehlte es aber überall noch an der Macht des Staates, diesen Machenschaften mit Erfolg entgegenzuwirken. Im übrigen fördern oft die Regierungen, selbst wenn sie nicht einseitig die Interessen der Besitzenden vertreten möchten, die steuerliche Reaktion. Unglücklicherweise sind die Steuern des armen Mannes — die Verbrauchs- und Verkehrssteuern — am bequemsten zu erheben, und ihr Ertrag ist, da sie die Lebensnotwendigkeiten der breiten Schichten treffen, am sichersten. Diese Bequemlichkeit verleitet oft auch nicht reaktionäre Finanzminister zu ungerechten Steuervorschlägen. Auch diese Mauer kann nicht leicht beseitigt werden.

Eine weitere Verschlechterung der Lastenverteilung erfolgt durch die Zollpolitik. Die Zölle werden unter dem Lösungswort des Schutzes der nationalen Arbeit eingeführt. Indem aber die Zölle reine Verbrauchssteuern darstellen, die den täglichen Verbrauch verteuern, wird das Steuersystem in die Richtung der Verbrauchssteuern verschoben. Die aus den Zöllen zu erwartenden Einkünfte verleiht zudem die Regierungen, auch völlig unberechtigten Zollforderungen der Industrie und Landwirtschaft Gehör zu schenken.

Gelingt es aber dem Proletariat, das Steuersystem in die Richtung der direkten Steuern zu lenken, dann ist damit noch keineswegs gesagt, daß es auch diese Steuern unter Umständen nicht selbst tragen muß. Es stellt sich ihm die schwierige Frage der Steuerüberwälzung entgegen, die darüber entscheidet, wer letzten Endes die Lasten tragen muß. Die Einkommensteuern, die von den Warenproduzenten oder -verkäufern bezahlt werden, erscheinen diesen als Betriebskosten, die in den Kaufpreis hineinkalkuliert, mit anderen Worten auf die Verbraucher überwält werden müssen. In welchem Maß die Ueberwälzung in der Wirklichkeit gelingt, hängt von verschiedenen Umständen, in erster Linie von den Löhnen und Preisen ab. Der Kampf um höhere Löhne und niedrigere Preise ist gleichzeitig ein Kampf gegen die Steuerüberwälzung auf die Lohnempfänger und die Verbraucher überhaupt. Unternehmungen, die mit billigeren Herstellungskosten arbeiten, wird die Ueberwälzung in der Regel durchweg gelingen, indem sich die Marktpreise nach den Verhältnissen der am teuersten Erzeugenden richten. Die Ueberwälzbarkeit der

Steuern ist also die weitere starke Mauer gegen eine gerechte Steuerpolitik.

Auch haben bisher der Völkerbund und das Komitee der Sachverständigen einer gerechten Lastenverteilung entgegengearbeitet. Der Völkerbund hat bisher zwei „Sanierungen“ durchgeführt, die Oesterreichs und Ungarns. Beide stützen sich auf Verbrauchssteuern und schonen den Reichtum und das Kapital. Hat man dies für Oesterreich noch einigermaßen zu begründen vermocht, so kann man für Ungarn, wo gegenwärtig mehr als die Hälfte der Einnahmen auf Umsatzsteuern entfällt und wo die Belastung des Großgrundbesitzes vollkommen fehlt, nicht einmal den Schein der Berechtigung für einen solchen Sanierungsplan aufbringen. Der Sachverständigenplan hat die Reparationssummen zum größten Teil durch Einnahmen aus Verbrauch und Verkehr gesichert. Diese Steuern beziehungsweise Frachttaxe müssen immer hochgehalten werden. Sie bilden eine schwere Vorbelastung im Kampf für die Verteilung der Reparationssummen. Es folgt aber auch sonst aus dem Gutachten, daß die Lasten möglichst von den Verbrauchern getragen werden sollen. Um größere Reparationsbeträge über die deutsche Grenze führen zu können, werden die Gläubiger Deutschlands die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung möglichst niedrighalten, damit die Preise sinken und die Waren, statt im Inland verkehrt zu werden, ausgeführt werden können. Die Verbrauchssteuern sollen aber diesen Zweck fördern. Die deutsche Arbeiterschaft muß diese Absichten bekämpfen. Im Proletariat des Auslands wird sie Verbündete haben. Dieses muß nicht nur aus Solidarität, sondern auch aus eigenem Interesse die Hebung der Kaufkraft der deutschen Arbeiterschaft und die Verhinderung von Dumpingpreisen anstreben. Der Kampf um die gerechte Lastenverteilung muß ausgefochten werden. In den obstehenden Ausführungen wurde auf die Schwierigkeiten eines erfolgreichen Kampfes hingewiesen. Es erfordert die größte Energie und Kampfbereitschaft, um ihrer dennoch Herr zu werden. A. S.

Entscheidungen zu unseren Reichstaxisverträgen.

Mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer haben am 23. September in Stuttgart Verhandlungen stattgefunden, in denen eine Lohnerhöhung von 15 Proz., gleich einem Spizentlohn von 72 Pf. gefordert wurde. Die Unternehmer lehnten jede Lohnerhöhung ab, da die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe noch nicht gegeben und der Beruf eine Lohnerhöhung überhaupt nicht tragen könne.

Mit den „Api“-Verbänden

wurde am 25. September verhandelt. Der Mantelvertrag ist mit Ende September abgelaufen. In den Verhandlungen sollte ein neuer Vertrag geschlossen werden, in dem neben anderen Punkten in erster Linie die Arbeitszeit, die Ortsklasseneinteilung, die Lohnspannungen und die Spezialarbeiterzulagen einer Neuregelung unterzogen werden sollten. Außerdem war es auch für die „Api“-Betriebe hohe Zeit, den Lohn den Zeitverhältnissen anzupassen. Mit besonderem Nachdruck konzentrierten unsere Vertreter ihre Forderungen auf die genannten Punkte. Die Unternehmer verhielten sich völlig ablehnend, sie waren bereit, Mantelvertrag und Lohn bis Jahreschluss weiterlaufen zu lassen, erklärten sich aber auch in bezug auf

den Lohn mit einer kürzeren Dauer einverstanden. Da irgendwelche Zugeständnisse nicht zu erzielen waren, wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Inzwischen haben die Unternehmer das Reichsarbeitsministerium angerufen. Schon am 27. September trat das Schiedsgericht zusammen, um den Streit zu beenden. Alle Versuche, auch dort von den Unternehmern einige Zugeständnisse zu erreichen, schlugen fehl, so daß in später Nachtstunde ein Schiedsspruch gefällt wurde, der in seinen wesentlichsten Teilen lautet:

A. Arbeitszeitabkommen.

Die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 5 Stunden angeordnet werden.

Diese Mehrstunden sind für jede Stunde mit dem 48. Teil des Wochenlohnes zusätzlich eines Aufschlages von 12 1/2 Proz. zu bezahlen. Für die darüber hinausgehende Arbeitszeit ist der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.

Dieses Abkommen tritt am 1. Oktober 1924 in Kraft und gilt bis zum 31. Januar 1925. Wird es nicht zwei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft es stets mit der gleichen Kündigungsfrist auf drei Monate weiter. Es findet sinngemäß auf Abschnitt II, VI und VII des Manteltariffs Anwendung.

B. Der bisherige Manteltarifvertrag vom 16. Juni 1923 und der Zusatzvertrag vom 16. Juli 1923 werden wie folgt geändert:

Die Prozentzahlen werden festgesetzt

in Ziffer 22	ledig	verheiratet
a	56	—
b	66	—
c	75	80
d	80	87,5
e	87,5	92,5
f	92,5	100
in Ziffer 25		
a	30	—
b	35	—
c	45	—
d	50	—
e	52,5	—
f	55	60
g	60	65
h	65	75
in Ziffer 26		
1a	26	—
1b	33	—
2a	33	—
2b	40	—
3a	45	—
3b	52,5	—
3c	57,5	—
in Ziffer 75		
a	50	—
b	60	—
c	70	—
d	77,5	—
e	82,5	—
in Ziffer 76		
b	70	—
c	77,5	—
d	82,5	—
e	87,5	—

Ziffer 28 und Ziffer 85 fallen fort.

Ziffer 48: Darüber hinaus haben die Arbeitnehmer Anspruch auf Bezahlung des Karfreitags oder Fronleichnamstages, je nachdem an einem dieser Tage entsprechend der Orts- oder Landesseite von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gearbeitet wird.

Ziffer 67: statt „30. Juni 1924“ ist zu setzen: 30. September 1925*.

Ziffer 71: statt „22. Juli 1922“ muß es heißen: „16. Juni 1923“.

Ziffer 89 Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung: „Ziffer 89 gilt nur für die bis zum 16. Juni 1923 in die Betriebe eingestellten Arbeitnehmer“.

Ziffer 90: An Stelle des „30. Juni 1924“ tritt der 30. September 1925*.

C. Die in den Ziffern 42, 43, 49 und 53 vorgesehenen „besseren Bedingungen“ gelten nur für die bis zum 16. Juni 1923 in die Betriebe eingestellten Arbeitnehmer.

D. Für die Bezahlung der Feiertage gilt die auf Grund der oben zu A. geregelte Arbeitszeit im Einzelbetriebe für die fragliche Woche, in die der Feiertag fällt, angeordnete Mehrarbeit bis zu 53 Stunden als tarifliche Arbeitszeit.

Für die Ferienbezahlung verbleibt es bei der Zugrundelegung der 48stündigen Arbeitszeit.

E. Zu XIV: Einzelstetigkeiten sollen durch die zuständigen Gewerbeämter entschieden werden. Den Parteien wird aufgegeben, die Ziffern 64 bis 66 dieses Abschnittes entsprechend zu ändern.

F. Das bestehende Lohnabkommen vom 20. Mai 1924 bleibt bis zum 5. November 1924 aufrechterhalten.

G. Die durch vorstehende „Regelung“ notwendig gewordene redaktionelle Aenderung einzelner Bestimmungen des Manteltariffs und die anderweitige Ortsklasseneinteilung wird freier Vereinbarung der Parteien vorbehalten.

H. Die Parteien haben sich bis zum 4. Oktober 1924, mittags 12 Uhr, gegenseitig und dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über die Annahme des Schiedspruches zu erklären.

Nach diesem Spruch wird die Arbeitszeit geregelt, wie es im Buchdruckgewerbe üblich ist. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, Mehrarbeit ist zulässig bis fünf Stunden pro Woche, die mit einem Aufschlag von 12 1/2 Proz. bezahlt werden muß. Die Lohnspannung ist etwas günstiger gehalten, als sie im letzten — abgelehnten — Schiedsspruch festgelegt war. (Siehe zum Vergleich Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“.) Das, was einer Aenderung in erster Linie unterworfen werden sollte, die Prozentziffer für gelebte Arbeiterinnen, ist jedoch unverändert geblieben. Die Spezialarbeiterzulagen wurden abgelehnt und die Regelung der Ortsklasseneinteilung den Parteien selbst übertragen. Eine Erhöhung der Lohnsätze wurde gleichfalls abgelehnt. Neben diesen Hauptpunkten wurden eine Anzahl mehr oder weniger bedeutungsvoller Punkte durch den Schiedsspruch geregelt. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Spruches geht bis zum 4. Oktober.

Die Lohnverhandlungen für die übrigen Berufsgruppen

finden in diesen Tagen statt. Am 1. Oktober wird für die Etuisindustrie verhandelt, am 2. Oktober für die Kartonnagenindustrie. Mit dem Deutschen Buchdruckerverein soll kommende Woche verhandelt werden und auch für die Wellpappe stehen die Verhandlungen in Aussicht.

„Der ehrliche Wille zur Einheit.“

Das heiße Bemühen der Moskowiter, unsere freien Gewerkschaften zu zerstören, war vergeblich. Es ist ihnen lediglich gelungen, die Geschlossenheit unserer Verbände zu lockern und einige Tausende besonders Unzufriedener zu sich herüberzuziehen. Im übrigen aber ist ihre Tätigkeit die Ursache, daß heute viele tausende Arbeiter und Arbeiterinnen unorganisiert herumlaufen. Wie überall, so auch in unserem Beruf, wo diese Herrschaften glaubten, etwas besonders unternehmen zu können.

Den Moskauer Drahtpuppen stand dieses Resultat ihrer ganzen Tätigkeit von Anfang an klar vor Augen, wie es jedem klar sein mußte, der vom Wesen und von der ganzen Organisation unserer Verbände auch nur eine leise Ahnung hat. Den sicheren Fehlschlag nahmen sie auf sich, weil sie den Parteibefehl, der ihnen das Ausschneiden aus unserer Organisation aufzwingt, nicht zu trotzen wagten. Sie folgten der Parole und sahen bald, daß sie sich prächtig isoliert und zur eigenen absoluten Ohnmacht verurteilt hatten.

Und schon wieder drohte der Zorn Moskaus. Die Delegierten und Vertrauensleute der moskowitischen Hauptregierung hatten zu sehr geschwindelt, hatten sich selbst zu sehr als die starken Männer gegeben, die das Wirtschaftsgetriebe Deutschlands zu meistern verstanden und die Gewerkschaften morgen schon in der Hand hätten. Der totale Fehlschlag der Austrittsaktion enthielt auch den Sinowjens und Losowjiks die Zwerghaftigkeit ihrer deutschen Epigonen, zeigte ihnen die Nichtigkeit dieser kleinen Gernegroße und damit zugleich auch das von ihrem Standpunkt und von ihrem Willen aus gesehen total Verkehrte der Austrittsbewegung, die lediglich zu einer „Splendid-Isolation“ geführt hatte. Der Einfluß auf die Gewerkschaften war überall da verschwunden, wo Sonderorganisationen gebildet wurden und die Gewerkschaften konnten wieder frei von den Anpöbelungen moskowitischer Maulhelden an den Auf- und Ausbau ihrer Organisationen mit aller Kraft herangehen. Dem konnten jene „Arbeiterfreunde“ nicht ruhig zusehen. Gelingt den Gewerkschaften die Stärkung ihrer Organisationen, dann war ihr Schicksal besiegelt, und ihre „Verbände“ hatten nie Aussicht, über die Rolle einer kleinen Sekte hinauszukommen. Der Einfluß

auf die Massen der Arbeitnehmer mußte wieder „zurückerobert“ werden, nachdem man sich mit der vornehmen Isolierung total verrannt hatte.

Die neueste Parole tauchte auf, und die „Masse“ ihrer Anhänger wurde beglückt mit dem Befehl: „Hinein in die Gewerkschaften“. Was kümmert die Sinowjens und Losowjiks und ihren getreuen deutschen Vasallen die verständnislose Miene ihrer deutschen Anhänger, die man vorher erst mit Gewalt und gegen ihren Willen aus den deutschen Gewerkschaften herausgeholt hatte und die jetzt mit genau derselben Gewalt und wiederum gegen ihren Willen in die Gewerkschaften hineingetrieben werden sollen. Für die höhere Weisheit moskowitischer Regierungskunst hatten und haben die an konsequentes Arbeiten gewöhnten deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, auch wenn sie den Moskauer Parolenschreibern nachsahen, kein Verständnis. Und auch bei denen rumorte es, die sich zu den „Führern“ zählen. Beiseite nicht alle waren willenslos genug, sich lächerlich zu machen, und erst der Bannstrahl des Ausschlusses aus der Partei hat manden von ihnen kirre gemacht.

So auch im kommunistischen Verbands, der sich in unserem Berufe in Berlin aufgetan hat. Wir wollen nicht viel Wesens machen von der Palastrevolution, die es auch dort ob der von einzelnen nicht verstandenen neuesten Parole des Wiedereintritts in die Gewerkschaften gegeben hat. Sie ist erledigt, wobei nicht die Ehrlichkeit, sondern die Schamhaftigkeit, die auf krummen Wegen auch zum gewollten Ziele zu kommen trachtet. Auch im kommunistischen Verband unseres Berufes in Berlin hat die Parole zum Wiedereintritt in die freie Gewerkschaft eingeschlagen wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Aber als getreue Lakaien moskowitischer Allermenschen froh man zu Kreuze und schrieb an den so verhassten und bis vor zwei Minuten in den Druck getretenen und beschimpften Vorstand des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands einen Brief in den sanftesten Tönen, in dem bieder und treu die Bruderhand zur Wiedervereinigung geboten wird. Und im eigenen Organ druckt man den Brief ab mit der Ueberschrift: „Der ehrliche Wille zur Einheit.“ „Daß du die Kette ins Gesicht behälst!“ würde Onkel Präßig sagen, wenn er diese Starleistung Gabelschers Ueberwindung sehen und lesen könnte.

Ist der Wille zur Einheit aber ehrlich gemeint? Ein Narr, wer es glauben wollte. Die guten Leute haben etwas in sich vom Rezept Lenins, nach dem mit List und Schlaueit, illegalen Methoden und mit Lug und Trug gearbeitet werden soll, um zum Ziele zu kommen. Und das Ziel ist in diesem Falle nicht die restlose Wiedervereinigung mit unserem Verband — auch der Ausgeschlossenen — zum Zwecke der Stärkung und Festigung unserer Organisation und zum Vorteil der Mitglieder. O nein, die guten Leute denken gar nicht daran, ihr Häußlein wieder in unserem Verband aufgehen zu lassen und Schulter an Schulter mit unseren Mitgliedern zur Verbesserung der Lebensbedingungen die Kämpfe aufzunehmen. Nichts als esende Heuchelei ist's, was die Verwaltung des kommunistischen Verbandes zwingt, als alle ehrliche Leute uns die Bruderhand zu reichen. In ihrem Organ drucken sie den Brief an unseren Verbandsvorstand ab mit der oben angegebenen Ueberschrift. Dort sind sie die Wiedermänner, die es ehrlich meinen und aus eigener Entschliebung den Schritt tun, der ihnen angeblich so schwer wird. Dort sagt man nichts davon, daß man anderswo, und zwar gerade dort, wo es darauf ankäme, alles aufbietet, um bei der Gelegenheit ja nicht die Möglichkeit aufkommen zu lassen, in die „Bruderhand“ einzuschlagen. Welche andere Bedeutung sollte es sonst haben, wenn dem Schreiben an unseren Verbandsvorstand ein Plakat beigelegt wird, das in Berlin an die Hausmauern geklebt, sich in den bekannten unfähigsten Beschimpfungen gegen die Leitungen der freien Gewerkschaften gefällt, denen man dort wie immer „verbrecherische und verräterische Politik am Proletariat“ vorwirft, sie als „Unternehmerfreunde“ bezeichnet und was derartige Sachen mehr sind? Davon sagt man im „Graphischen Blad“ nichts, weil man dort den Wiedermann markieren muß, der keinem ein Härchen fräumen kann und weil man den eigenen Anhängern etwas vormachen muß, die ansonsten auffällig und zuletzt fähig werden, in welcher schamloser Weise sie als Puppen auf dem Schachbrett kommunistischer Gewerkschaftsspielereien hin- und hergeschoben werden.

*) „Rücksprache“ bedeutet weder Zustimmung noch Mitwirkung im Sinne des Gesetzes.

Und wenn man das Flugblatt ansieht, das Gabel und Genossen in allen Berliner Betrieben verteilen ließen, dann zeigt sich auch dort die elende Heuchelei dieser Gesellschaft. Auch dort stellt man sich hin als den sanften Heinrich, dessen ehrliche Absichten nicht verstanden werden, markiert den absolut Harmlosen, um Eindruck zu schinden auch bei unseren Mitgliedern und um diese zu veranlassen, sich freiwillig vor den Karren kommunistischer Zerlegungspolitik zu spannen. Glauben die Herrschaften denn wirklich, daß ihnen das gelingen wird, selbst wenn ihre Maske als „ehrlische Arbeiterfreunde“ noch so läusend nachgeahmt ist? Der Zweck dieses Flugblattes kann niemandem entgehen. Die von ihnen gewollte und provozierte Ablehnung ihres nicht ernst gemeinten Antrages soll ihnen dann Gelegenheit geben, in der bekannten schändlichen Art gegen die Verbandsleitung vorzugehen und auch die treu zu unserem Verbands haltenen Mitglieder gegen die Verbandsleitung aufzuheben. Was ihnen ehemals nicht gelang, wird heute mit anderen Mitteln versucht: Die weitere Zerstückung unseres Verbandes. Das allein ist Zweck und Ziel ihres Schreibens und Handelns. Und darum sagten wir oben: Bei der Palastrevolution im Hause Gabel siegte die Schlaueit und nicht die Ehrlichkeit. Der ehrliche Teil wollte keiner Parole auf „Sinein in die Gewerkschaften“ folgen und diese Parole für die Mitglieder des kommunistischen Verbandes auch nicht ausgeben. Er wollte den Bannstrahl des Parteiausschlusses auf sich nehmen. Der andere Teil wollte wohl auch das erstere, fand aber nicht den Mut zum zweiten. Und darum provoziert er die Ablehnung, um seinen Parteipäpsten gegenüber gedekt zu sein.

Rekapitulieren wir: Die kommunistische Gewerkschaftszentrale bestimmt nach vielen anderen Parolen: Hinaus aus den Gewerkschaften. Die kommunistischen Epigonen in Deutschland folgen diesen Parolen und gründen selbständige kommunistische Verbände. Der Austritt aus den freien Gewerkschaften und die Gründung selbständiger Verbände zeigt sich als Fehlschlag. Nunmehr folgt die neue Parole: Wieder hinein in die Gewerkschaften! Scheinbar folgt man getreulich dieser Parole, um sich der Partei gegenüber zu decken, provoziert jedoch im stillen Ablehnung entsprechender Anträge. Man täuscht also auch bewußt die eigene Parteileitung! Die provozierte Ablehnung gibt dann wieder das notwendige Material zu neuer Hege gegen die freien Gewerkschaften.

So ist das Bild, das man von den „kommunistischen Gewerkschaftsführern“ zeichnen muß. Und mit dieser Gesellschaft soll man sich herumschlagen? Das erwartet diese ja selbst nicht und darum hat es unsere Verbandsleitung entsprechend der schon von der Beiratstagung eingenommenen Haltung abgelehnt, in irgendwelche Verhandlungen über die Wiederaufnahme derer um Gabel einzutreten. Ein Zusammenarbeiten mit denen wird und muß solange unmöglich sein, solange für jene Seite nicht die Beschlüsse und Satzungen unserer Organisation als alleinige Grundlage allen Handelns gelten.

Wom Zweck der Gewerkschaft.

Ihr sagt: Die Gewerkschaft hat den Zweck, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Ganz recht. Aber was versteht ihr darunter? Bessere Löhne? Damit wäre der Begriff zu eng gesteckt. Ganz gewiß gehört das Erringen menschenwürdiger Löhne zum Zweck der Gewerkschaft. Denn erst sie eröffnen die Möglichkeit, der grauen Alltagsorgen ledig zu werden. Aber mit dem guten Lohn ist der Begriff des „menschenwürdigen Daseins“ bei weitem nicht erschöpft. Ein tierisches Dasein könnte bei gutem Futter sein Bewenden haben. Aber der Mensch soll kraft seiner höheren Vernunft höhere Bedürfnisse haben. Er soll sich in der freien Natur ergehen, seine Gesundheit pflegen, Museen und Theater besuchen, die Kunst unserer Meister hören, ein gutes Buch lesen. Er soll Politik kennenlernen und in das weite Gebiet der Wissenschaft eindringen.

Dazu gehört nicht nur ein guter Lohn, sondern auch Zeit. Deshalb tritt die Gewerkschaft auch seit Jahrzehnten für die Verkürzung der Arbeitszeit ein. Erst hoher Lohn und verkürzte Arbeitszeit bedeuten körperliches Wohlfühlen und längeres Leben, sind die Voraussetzung des proletarischen Aufstiegs zur Lebensfreude, zur Kultur, zum wahren Menschentum.

Deshalb steht in den Gewerkschaften nicht nur die bloße Lohnbewegungsmaschine. Die Gewerkschaft ist der Hebel zur menschlichen Vollkommenheit. Euch nützt der gute Lohn nicht viel, wenn ihr nicht auch zugleich verkürzte Arbeitszeit habt. Und beides erhebt auch nicht zum Vollmenschtum, wenn ihr diese Vorteile nicht ausnützt, um euer Wissen zu erweitern, euch zu höchster Bildungsstufe zu erheben. Bedenkt: Die Vorbedingung zur Macht ist das Wissen und Können. Mit brutaler Stiernackigkeit könnt ihr das sozialistische Haus in Zukunft nicht errichten. Dazu gehört zielklares, umfassendes Wissen. Erst dies führt zum echten Können. Ihr dürft nicht nur wollen. Ihr müßt auch können. Ihr könnt aber nur, wenn ihr das Wissen habt zum Vollbringen. Ihr werdet also das wahre Menschentum nur erringen, wenn ihr das Leben beherrscht.

Seht also in der Gewerkschaft den großen Hebel zu wahrer umfassender Volkskultur. Seid dieses hohen Zieles stets eingedenk. Steht zur Gewerkschaft in Freud und Leid. Haltet ihr in der die Treue. Laßt euch durch keine Niederlage verbüßen, durch keinen Sieg blenden. Nur stetes Streben verbürgt den Sieg. Und dieses Endziel verliert nie aus den Augen. Ihm eure ganze Kraft, ihm eure ganze Tätigkeit.

Dann werdet ihr auch das Ziel erreichen.

Was heißt Achtstundentag?

Wir wollen das Ganze. Unser Sinnen und Sehnen gilt der Gemeinschaft. Und selbst der rein materielle Kampf der Gewerkschaft um den Lohn hat sozialen Gemeinschaftscharakter. Er dient einer Klasse, einem großen proletarischen Ganzen. Die Gewerkschaftsbewegung ist darum ein Ringen um die Gemeinschaft, um Glück und Zukunft aller Arbeitenden, und darin ist jedes einzelne überzeugte Mitglied der Gewerkschaftsverbände heute zu verwachen, daß es nur im Ganzen fühlen und im Ganzen denken kann.

Und doch bedeutet dieses Aufgehen des einzelnen im Ganzen kein Vergehen des einzelnen. Auch der einzelne bleibt mit seinem persönlichen inneren Sein. Das bruderumschlingende Fühlen macht ihn im Gegenteil innerlich reich und groß. Nur wenn die Seele in ihrer persönlichen Eigenart durchweht wird vom Einsgefühl mit dem Ganzen, bekommt der Mensch seine Größe, ist er ganzer Mensch.

Leider läßt uns das Leben der kapitalistischen Gegenwart nur wenig Ruhe zu solchem Wachsen in die persönliche Tiefe. Der Mensch hat in dieser Zeit des Jagens und Hehens und der Sorge nicht die Ruhe, sich einmal zu beschäftigen mit sich selbst. Es fehlen dem Menschen heute Feiertage, einzelne Stunden, in denen sich all die so vielfachen Erlebnisse des Alltags klären, in denen sie sich in ungeformtem Kristallisieren festlich bilden zum stillen Erlebnis einer innerlichen Harmonie.

Wie redet man außerhalb des Proletariats immer so gern von Persönlichkeitsfreiheit und Persönlichkeitskultur. Ist denn dieses kapitalistische Dasein mit seinem ganzen veräußerlichten Wesen nicht der schlimmste Feind alles innerlich persönlichen Seins? Heißt darum nicht freier innerlicher Mensch werden wollen: den Kapitalismus mit seinem kulturzerstehenden Wirken bekämpfen? Ist nicht darum der Achtstundentag, der den Menschen nur für acht Stunden diesem mörderischen Zersehen der Seele überlassen will, eine der Voraussetzungen zur Freiheit, zum innerlichen Wachsen und Reifen?

Und darum gehört auch ein voller Lohn zur Kultur. Nur wenn der Mensch ganz ohne Sorge ist, gehören die freien Stunden ungetrübt einem edlen Zueinanderleben von Seele und Gemeinschaft. Nur wenn der Mensch seinen vollen Lohn erhält, kommt er nicht auf den Gedanken, seine freien Stunden, die der Kultur zu dienen bestimmt sind, mit Ueberarbeit für den Magen zu entweihen.

Es ist etwas Heiliges um den Achtstundentag! Er soll uns Feiertage geben. Er soll uns lehren, als Mensch zu leben. Er soll uns reifen lassen in die Tiefe und Innerlichkeit und unserer Seele ein künstlerisches Gepräge geben.

Wenn wir in der Feiertage ohne Sorge und Hast uns selbst gefunden, dann fühlen wir auch am umspannendsten die Gemeinschaft. Wenn wir in der Feiertage ohne Sorge und Hast die Gemeinschaft

am innigsten erleben, dann fühlen wir auch uns selber am erhabensten. Nur der Achtstundentag läßt uns erleben, daß Mensch Liebe heißt und daß das höchste Ideal der menschlichen Entwicklung darum das Zueinanderleben von Schwester und Bruder ist, dem unser ganzes Streben und Kämpfen jenseits der acht Stunden der Wertstoff zu gelten hat.

Der Achtstundentag ist darum die Voraussetzung zum Reifen zur höchsten Kultur des Menschengeschlechts. Ihn gilt es zu erkämpfen und zu erhalten — und auszufüllen in diesem seinem letzten, wahren, großen und heiligen Sinne!

Für den Gau Magdeburg

fand am 14. September in Magdeburg eine Zahlstellenkonferenz statt. Anwesend waren 2 Mitglieder des Gauvorstandes, 16 Delegierte aus 11 Zahlstellen und 2 Delegierte aus Gauorten sowie das Mitglied des Verbandsrates, der Kollege Haase, Halberstadt. Der Graphische Gesangsverein leitete die Konferenz durch Vortrag von zwei Liedern in würdiger Weise ein.

In einer kurzen Begrüßung wies v. d. Reith darauf hin, daß heute auch die Zahlstelle Lindenwalde wieder dem Gau Magdeburg zugeteilt sei. Sodann gab er zum ersten Punkt der Tagesordnung einen Situations- und Kassenbericht. Der Währungsverfall und der damit verbundene wirtschaftliche Niedergang hat seine Spuren auch im Gau Magdeburg hinterlassen. Unter dem Druck der Verhältnisse mußte der zweite Gauangestellte, Kollege Schreiber, abgemottet werden. Die Zahlstelle Bernburg ging leider ein, was darin seine Begründung findet, daß es sich hier um Mitglieder handelte, die fast ausschließlich in der Lütenbrande beschäftigt wurden und diese Betriebe teilweise ganz zum Erliegen kamen. Die übrigen Zahlstellen des Gaues haben sich bis auf Queblinburg dank der aufopfernden Arbeit der Ortsverwalterinnen gut über die schwere Krise hinweg gehoben. Die Verhältnisse derselben wurden vom Redner eingehend besprochen. Die Mitgliederbewegung im allgemeinen sei zwar zu betonen, doch finde derselbe auch seine Begründung in der Abwanderung vom Beruf und in der großen Arbeitslosigkeit. Redner verwies zum Schluß darauf, daß wir bei einem anderen Punkt der Tagesordnung uns mit den Mitteln und Wegen beschäftigen wollen, um auch in unserem Gau wieder voranzukommen und die Abtrünnigen wiederzugewinnen.

In der angeregten Debatte weist Schwarz-Bittenberg darauf hin, daß er gewünscht hätte, diese Konferenz hätte vor der Beiratstagung stattgefunden, er hätte weiter einen eingehenden Bericht über die Tarifpolitik des Verbandes gewünscht. Ferner verlangte er, daß mindestens in jedem Jahre einmal eine solche Konferenz stattfinden und stelle einen dementsprechenden Antrag, der auch Annahme fand. Luther-Magdeburg bezeichnete den Niedergang der Organisation als Vegetationsstadium des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges. Bekommen wir bessere wirtschaftliche Verhältnisse, dann wird auch eine Festigung der Organisationen nicht ausbleiben, wenn wir alle mitarbeiten und für diese werden. Hannover-Lindenwalde gab seiner Freude Ausdruck, daß es den Bemühungen der Zahlstelle gelungen sei, wieder zum Gau Magdeburg zu kommen. Die örtlichen Verhältnisse geben keinen Anlaß, allzu schwarz zu sehen. Die Organisation wieder groß und schlagkräftig zu gestalten, heißt eben, die Arbeit von unten auf wieder neu zu beginnen. Reinhardt-Halberstadt trat dem Kollegen Schwarz entgegen. Die Konferenz nach der Tagung des Beirates hätte doch ihren guten Zweck. Wir könnten unser Beiratsmitglied im übrigen auch nicht mit gebundenem Mandat auf den Weg schicken. Im übrigen sei regste Mitarbeit für die Organisation jetzt die Hauptsache. Mittel für die Agitation solle der VB. bereitstellen.

In seinem Schlusswort streifte v. d. Reith die Anregungen der einzelnen Redner. Wenn ein besonderer Punkt über die Tarif- und Lohnpolitik nicht auf der Tagesordnung stehe, dann habe die kurze Dauer der Tagung schuld daran. Man solle wohl das, was hinter uns liegt, beachten, aber die Hauptsache sei für uns doch heute, wie wir die Zukunft meistern und an die Aufbauarbeit im Gau herangehen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde durch einen eingehenden Bericht des Kollegen Haase-Halberstadt über die Tagungen des Beirates und insbesondere über die Beschlüsse der letzten Tagung eingeleitet. Alle Beiratsmitglieder seien davon überzeugt gewesen, daß dem Verbandsrat Mittel zugeführt werden müssen, um die Schlagkraft zu heben. Er legte des näheren seine Auffassung dar, warum er der Vorlage des VB. seine Zustimmung nicht geben konnte. Ferner berichtete Redner über die Haltung der Opposition in Berlin. Er forderte zum Schluß seiner Ausführungen alle Kollegen auf, nunmehr tatkräftig in jedem Ort für die reifste Durchführung der Beschlüsse einzustehen, denn eine Erhöhung der Beiträge und Besserung der Kassenverhältnisse trage mehr als alles andere zu einer Besserung der Lebenslage der Kollegenschaft bei. — An der regen Aussprache über diesen Bericht beteiligten sich fast alle Delegierten. Die Konferenz war darin einig, daß trotz der Not der Zeit

alles daran gesetzt werden muß, die alte Kraft unserer Organisation wieder herzustellen. Mit der Feststellung, daß alle Vertreter rege mitarbeiten wollen an der Durchführung der Beschlüsse, konnte der Verhandlungsleiter diesen Punkt als erledigt gelten lassen.

v. b. Neith verbreitete sich alsdann über den Punkt: „Agitation im Gau“. Neith streifte dabei nochmals die Verhältnisse im Gau und kam zu dem Resultat, daß jetzt alles daran gesetzt werden müsse, wieder an einen Aufbau zu gehen. Er legte dar, in welcher Weise wir am besten diese Arbeit in Angriff nehmen und forderte vor allen Dingen die innigste Zusammenarbeit bei der kommenden Agitation zwischen Gauvorstand und Zahlstellen. Es soll monatlich eine genaue Statistik über den Stand der Organisation, über Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen über Berufszugehörigkeit aufgenommen werden. Senden die Zahlstellen pünktlich diese Berichte ein, so wird der Gauvorstand dann umgehend einen Gesamtbericht wiederum den Zahlstellen zugehen lassen, aus dem die Verhältnisse im Gau klar zu ersehen sind. Hüfe der Zahlstellen bei der kommenden Agitation untereinander, soweit damit nicht allzu große Kosten verbunden sind, ist notwendig. Vor allen Dingen muß die Hausagitation einleiten. Kommen die Kolleginnen und Kollegen nicht in unsere Versammlungen, so müssen wir eben zu diesen gehen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen lebhaft erörtert und mancher wertvolle Fingerzeig gegeben, wie am besten die Agitation betrieben werden muß. Insbesondere die Vertreter der Zahlstelle Torgau berichteten über die Schwierigkeiten, die sich ihnen dort entgegenstellen. Vom Gauvorstand wurde zugesagt, zu gegebener Zeit auch hier eingreifen zu wollen und alles zu tun, damit die Wünsche der Kollegen erfüllt werden.

In später Nachmittagsstunde konnte v. b. Neith die anregend verlaufenen Beratungen schließen. Mit dem Bewußtsein, wieder ein Stück vorwärts gekommen zu sein und in dem Gefühl der Zusammengehörigkeit stimmten die Delegierten freudig ein in das ausgebrachte Hoch auf die Organisation.

Internationales.

Norwegen. In unserem norwegischen Bruderorgan vom 1. August wird u. a. der Wortlaut eines Schreibens veröffentlicht, das die Verbandsleitung an die zuständige Unternehmerorganisation gerichtet hatte zwecks Erlangung einer Lohnerhöhung von 10 Proz. für männliche und 12 Proz. für weibliche Arbeiter. Begründend wird in dem Schreiben ausgeführt, daß erst nach Gewährung der geforderten Lohnerhöhung die Buchbinderarbeiter diejenige Lohnhöhe erreichen würden, die sowohl in verwandten Industrien gezahlt als den gesteigerten Lebenshaltungskosten entspricht.

Die Unternehmerorganisation hat darauf unterm 9. August in natürlich ab lehendem Sinne geantwortet. — Die von den Unternehmern angeführte klassische Begründung für die Ablehnung wird in einem erneuten Schreiben der Verbandsleitung vom 19. August wie folgt widerlegt:

„Es sei durchaus abwegig, die Arbeiter für den durch die Aussperrung verursachten schlechten Geschäftsgang verantwortlich machen zu wollen, denn es waren ja die Unternehmer, welche ausgesperrt hatten.“ (Anm. des Uebersetzers: Was nun schließlich aus der solchermaßen eingeleiteten Lohnbewegung geworden ist, geht aus den beiden, bisher vorliegenden folgenden Nummern der norwegischen Verbandszeitung noch nicht hervor.)

In der Nummer vom 1. September der norwegischen Zeitung wird u. a. der Kartellvertrag der graphischen Verbände mit dem Werkmeisterverband veröffentlicht, dessen Inhalt sich im wesentlichen darum dreht, daß die „nicht selbst mitarbeitenden Angestellten“ (also eben Werkmeister usw.) ihre Rechte durch Tarifverträge sichern können, welche von den Arbeiterverbänden abgeschlossen werden.

Schweden. Der Leitartikel der Septembernummer unseres schwedischen Bruderorgans lautet: „Warum müssen wir uns organisieren?“ und braucht natürlich hier nicht wiedergegeben zu werden; dagegen seien zwei Fälle aus der Praxis erwähnt, welche als Illustration zu dem Leitartikel dienen können und die demselben im Original (also eben in der schwedischen Zeitung) auch folgen:

In einem Falle war ein Großbetrieb unserer Branche in Konkurs geraten und die beschäftigten Arbeiter standen zunächst gegenüber dem Nichts. Dem Eingreifen der Verbandsleitung gelang es jedoch, nicht nur die Auszahlung der rückständigen Löhne zu erwirken, sondern auch zu erreichen, daß der Betrieb für Rechnung der Konkursmasse mit dem alten Arbeiterstamm weitergeführt wird, wenn auch zunächst natürlich Neueinstellungen vermieden werden müssen. — In einem anderen Großbetriebe gelang es der Verbandsleitung, er-

hebliche Lohnreduzierungen zu verhindern, die unweigerlich Platz gegriffen hätten, wenn — die Arbeiter wehrlos, also nicht organisiert gewesen wären.

Dänemark. Laut Bericht unseres dänischen Bruderorgans vom September ist zwecks Beilegung eines seit längerer Zeit anhängigen Streiks von dem betroffenen Unternehmer das ständige Schiedsgericht angerufen worden, worauf nach einem besonderen, anscheinend umständlichen Verfahren unterm 15. August eine öffentliche Einladung an die Beisitzer zum Schiedsgericht ergangen ist. — Ein Bericht über die Tagung derselben bzw. ein Schiedsspruch liegt noch nicht vor.

Aus dem Leben einer russischen Gewerkschaft. (I. G. B.) Das Organ des schwedischen Buchdruckerverbandes enthält einige interessante Mitteilungen über den russischen Verband der Arbeiter im Buchdruckergewerbe, dessen Mitgliederzahl mit 77 000 angegeben wird. Auf dem im Dezember 1923 abgehaltenen Verbandstag wurde u. a. auch die Frage der Zahl der festgestellten Verbandsfunktionäre behandelt. Trotzdem ein Teil der Delegierten die Ansicht vertrat, daß auf je 500 Mitglieder ein festgestellter Funktionär kommen sollte, beschloß der Verbandstag, auf je 300 Mitglieder einen Funktionär anzustellen. Nur in den Städten Moskau und Leningrad wurde die Ziffer 1 zu 500 festgesetzt.

Im Verbandsorgan des russischen Verbandes, „Petschatnik“, vom 1. Februar 1924 werden folgende Angaben über die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes gemacht:

Table with 2 columns: Category and Rubel amount. Includes Gehälter der Angestellten (11 207 438,84), Bureauunkosten (2 470 620,12), Organisationsausgaben (3 524 682,87), Diverses (514 349,54), and Petschatnik (Verbandsorgan) (6 412 992,35). Total: 24 190 083,72.

Die Einnahmen des Verbandes an Mitgliedsbeiträgen werden mit 14 485 344,24 Rubel angegeben, die Einnahmen aus dem „Petschatnik“ betragen 5 557 670,07 Rubel. Unter den Einnahmen befindet sich ein Posten, aus dem hervorgeht, daß der Staat im letzten Jahre nicht weniger als 15 Millionen Rubel an den Verband ausbezahlt hat. Diese Zahlen zeigen, daß der größte Teil der Einnahmen für die Verwaltung verwendet wird.

Aus den auf dem Kongreß erstatteten Berichten aus den verschiedenen Orten geht hervor, daß die Arbeiter des Buchdruckergewerbes sich sowohl materiell als geistig auf einem sehr niedrigen Niveau befinden. In Leningrad betragen die Löhne 80 Proz. der Vorkriegslöhne, in Rostow am Don in Südrußland 74 Proz.

Berichte.

Hamburg-Altona. „Der Graphische Industrieverband und der Verband der Buchbinder in Hamburg“, so lautete das Thema, über das Käster in der Versammlung vom 18. September referierte. Gegenüber den in den letzten Jahren stattgefundenen Verbandstagen zeichnete sich der Buchbinderverbandstag durch ein ruhiges, sachliches Arbeiten aus, das auch in der geübten Kritik nur das Wohl des Ganzen im Auge hatte.

Ueber die Beiratsagung in Berlin und über die Regelung der Beiträge und Unterstützungen in unserem Verbandsreferierte Kästner. Die Verbandsliste muß unter allen Umständen gestärkt werden, damit sie kampfkraftig den Machtgefilten der Unternehmer und deren Syndicat gegenübersehen kann. Für Hamburg-Altona gelten folgende Beitragsätze: A. I: 25 Pf., A. II: 40 Pf., A. III: 60 Pf., A. IV: 85 Pf., A. V 1,10 M. Sodann beschloß die Versammlung nach eifriger Aussprache, den Kampffonds der Lokalkasse von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Monat zu erhöhen. Da hier starker Widerstand erfolgte, wurde weiter beschlossen, in einer der nächsten Vertrauenspersonen-Versammlungen nochmals zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Hierauf referierte Käster aber die in diesem Herbst zu betreibende Agitation. Er teilte mit, daß für Hamburg in der Woche vom 8. bis 16. Oktober eine Agitationswoche veranstaltet wird, zu der eine große Zahl Mitarbeiter aus Kollegenreisen herangezogen werden soll. Den Abschluß der großartigen Agitation wird das am 18. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfindende Stiftungsfest bilden.

Umschauen verboten!

Wer eine Stellung unterderhand sucht und annimmt, schädigt damit die Allgemeinheit. Auch das Aufsuchen unserer Funktionäre in den Betrieben sollte unterbleiben. In jüngster Zeit hat dieses Aufsuchen zu mancherlei Mißheiligkeiten geführt, so daß bittere Klage darüber geführt wurde.

Sterbetafel.

- Im Monat September sind uns als verstorben gemeldet: Berlin. Franz Nowakky, Buchbinder, 66 Jahre, Freitag. — Karl Schulz, Buchbinder, 75 Jahre, Herzschlag. — Richard Hermann, Buchbinder, 37 Jahre, Herzschwäche. — Robert Ritter, Buchbinder, 70 Jahre, Magenkrebs. — Herta Gripp, Zugspapierarbeiterin, 17 Jahre, Lungenleiden. — Anna Berger, Buchbinderarbeiterin, Brustkrebs. — Helene Paipais, Buchbinderarbeiterin, 34 Jahre, Gehirnentsündung. — Walib Steinknecht, Kartonnagenarbeiterin, 17 Jahre, Lungenleiden. — Meta Müller, Buchbinderarbeiterin, 26 Jahre, Lungenleiden. — Dora Berger, Falzerin, 25 Jahre, Herzleiden. — Ella Hann, Falzerin, 21 Jahre, Tuberkulose. — Emma Bieten, Prägerin, 42 Jahre, Operation. — Frankfurt a. M. Josef Gathol, Buchbinder, 62 Jahre, Blutung. — Grimma. Karl Straube, Buchbinder, 56 Jahre, Schlaganfall. — Minna Walle, Buchbinderarbeiterin, 30 Jahre, Rückenmarksleiden. — Gertrud Schiffer, Buchbinderarbeiterin, 21 Jahre, Lungenleiden. — Halberstadt. August Burckhardt, Buchbinder, 58 Jahre, Darmoperation. — Hannover. Max Gehre, Buchbinder, 32 Jahre, Lungenentsündung. — Friedrich Jordan, Buchbinder, 59 Jahre, Gallenstein. — Heilbronn. Ernst Schuch, Buchbinder, 36 Jahre, Lungenleiden. — Kottbus. Helene Stenka, Buchbinderarbeiterin, Tuberkulose. — Oehrf. Paul Rothnagel, Kartonnagenarbeiter, Lungenuberkulose. — Stettin. Gustav Rhode, Buchbinder, 54 Jahre. Allen ein ehrendes Andenken!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eingegangene Zahlstellen. Im Laufe dieses Jahres sind infolge von Betriebsverlegungen, Betriebseinschränkungen und aus sonstigen Gründen erfolgten Rückgang der Mitgliederzahl folgende Zahlstellen eingegangen:

- Bernau, Emstkirchen, Gmünd-Borch, Iserlohn, Kaiserlautern, Kirchheimbolanden, Merxberg, Reheim-Ruhr, Neuruppin, Dhligs, Schöned und Biefen.

Die in diesen Orten noch vorhandenen Mitglieder werden von den Gauvorständen als Einzelmitglieder weitergeführt.

2. Materialverband. An alle Gau- und Ortsverwaltungen ist in den letzten Tagen verandt worden:

Hinein in die Gewerkschaften! Warum? Eine kleine vom Bekleidungsarbeiter-Verband herausgegebene Broschüre, die Material enthält über die neuesten Angriffe der Kommunistischen Partei auf die Gewerkschaften.

Prospekt des A. O. B. Einladung zum Abonnement auf die „Gewerkschafts-Zeitung“ und auf die neue gewerkschaftliche Zeitschrift „Die Arbeit“.

Sollten die Sendung irgendwo nicht eingegangen sein, erwarten wir entsprechende Nachricht.

Adressenänderungen. (B = Beolmächttiger; K = Kassierer.)

- Hachen. B.: H. Simons, Mauerstr. 56. K.: A. Martini (Adresse: Verband der Buchbinder, Gewerkschaftshaus, Kleinfölnstr. 18). Piegeln. B. u. K.: P. Wagentnecht, Haynauer Str. 27. Warburg. B. R. Liebigt, Noltenberg 32. K.: W. Neith, Gölten bei Warburg, Nr. 8 (Hessen). Wühlhausen i. Th. B. u. K.: W. Ballhaus, Bahnfriederstr. 30.

Der Verbandsvorstand.